

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/022(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 21.09.2007	Hasselbachsaal	15:00Uhr	18:10Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 31. 08. 2007
- 4 Anträge
 - 4.1 Schulsportveranstaltungen
Vorlage: A0106/07
CDU-Fraktion
 - 4.1.1 Schulsportveranstaltungen
Vorlage: S0191/07
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport

- 4.2 Mitgliedschaft der Landeshauptstadt im Weißen Ring
Vorlage: A0113/07
FDP-Fraktion
- 4.2.1 Mitgliedschaft der Landeshauptstadt im Weißen Ring
Vorlage: S0187/07
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 7 Beschlussvorlagen
- 7.1 Zukünftige Betreuung des Flugplatzes MD - HH-
Konsolidierungsmaßnahme 114
Vorlage: DS0320/07
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
- 7.1.1 Zukünftige Betreuung des Flugplatzes MD - HH-
Konsolidierungsmaßnahme 114
Vorlage: DS0320/07/1
Ausschuss f. Regionalentw., Wirtschaftsförderung u. komm. Beschäftigungspolitik
- 8 Anträge
- 8.1 Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem
Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen
Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007 zur
Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0126/07/70

Fraktion DIE LINKE
- 8.1.1 Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem
Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen
Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007 zur
Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0117/07

BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
- 8.2 Beitrittsverhandlungen zum Zweckverband Technologiepark
Ostfalen
Vorlage: A0079/07

Fraktion DIE LINKE
- 8.2.1 Beitrittsverhandlungen zum Zweckverband Technologiepark
Ostfalen
Vorlage: S0123/07

BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
- 9 Verschiedenes

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

In **Ergänzung der Tagesordnung** liegt die

DS0436/07 – Grundsatzentscheidung über die Durchführung einer „Sale-and-lease-back“-
Transaktion

als **TOP 6.3** vor.

Stadträtin Wübbenhorst, SPD-Fraktion, bittet darum, den Eilantrag A0161/07 (SR 27. 09. 2007) ihrer Fraktion im Zusammenhang mit TOP 4.2 zu behandeln.

Die so geänderte Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Bestätigung der Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 31. 08. 2007

Die Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses mit 5 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 5 Enthaltungen **bestätigt**.

4. Anträge

4.1. Schulsportveranstaltungen Vorlage: A0106/07

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des FB 40 Herr Krüger teil.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM, begründet umfassend das Anliegen des interfraktionellen Antrages A0106/07 und verweist insbesondere auf die Zielstellung des Antrages zu versuchen, die Durchführung von Schulsportveranstaltungen als verpflichtend zu machen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund einer geringen Beteiligung von Schulen und der Tatsache, dass keine Pflicht zur Teilnahme besteht.

Ergänzend nimmt Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, Bezug auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung und führt aus, dass er in der Aufstellung der Veranstaltungen der Schulen Veranstaltungen ähnlich den zu DDR-Zeiten durchgeführten Hallensportfesten vermisst. Er legt seine Vorstellung dar, derartige Veranstaltungen an den Gymnasien wieder aufleben zu lassen und hierzu seitens der Stadt eine entsprechende Unterstützung zu leisten.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper legt dar, dass sich die Zuständigkeit der Stadt auf die Bewirtschaftung von Schulgebäuden beschränkt. Eine Einflussnahme auf die Tätigkeit der Schulen ist nicht möglich.

Stadtrat Franke, FDP-Fraktion, informiert, dass im Ausschuss BSS der Antrag A0106/07 im Zusammenhang mit dem A0025/07 – Sportstadt Magdeburg – seiner Fraktion beraten wurde. Im Ergebnis der Beratung wurde der beantragten Durchführung eines Symposiums zu den Perspektiven der Sportstadt Magdeburg zugestimmt und Übereinstimmung erzielt, das Anliegen des Antrages A0106/07 in das Symposium einfließen zu lassen.

Herr Krüger, Leiter FB 40; verweist ebenfalls darauf, dass seitens der Stadt zu dieser Thematik keine Einflussnahme auf die Schulen möglich ist. Die Stadt kann zusammen mit dem Stadtsportbund lediglich unterstützend wirken und an die Schulen appellieren, die sportlichen Angebote zu erhöhen. Im Ergebnis dieser Bemühungen ist in der Vergangenheit eine positive Bilanz festzustellen.

Bezugnehmend auf die von Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, erwähnten Hallensportfeste hinterfragt Stadtrat Michael Stage, Fraktion future! –die jugendpartei, die Verantwortlichkeit für deren Organisation.

In Beantwortung der Nachfrage informiert Herr Krüger, dass es zu dieser Zeit in der damaligen Stadtverwaltung eine Abteilung Schulen gab und die Organisation durch deren städtische Mitarbeiter erfolgte.

Ergänzend verweist der Oberbürgermeister darauf, dass Schulen heute Landeseinrichtungen sind und die Verantwortung für schulische und sportliche Belange auf Landesebene liegt.

Stadtrat Sven Meinecke, Fraktion DIE LINKE, begründet seine Auffassung, dass über die Elternvertretungen der Schulen Einfluss genommen werden kann.

Hierzu nimmt Herr Krüger, Leiter FB 40, Bezug auf die Aufgaben des Gremiums Gesamtkonferenz, welches Beschlüsse zum Schulprofil und zu Veranstaltungsteilnahmen als demokratischen Prozess fasst. Insbesondere verweist er darauf, dass seitens der Stadt bestimmte Voraussetzungen geschaffen, aber die Annahme dieser Voraussetzungen nicht zur Verpflichtung gemacht werden können.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM, legt seine Auffassung dar, dass die bestehende rechtliche Situation nicht bedeuten kann, nichts zu tun und regt an, Kontakt mit der Landesregierung aufzunehmen, um zu der Thematik mögliche Aktivitäten zu beraten. Beispielgebend informiert er über ein Modellprojekt eines Trainers in der Stadt Bremen, jugendlichen Straftäter über sportliche Aktivitäten die gesellschaftliche Integration zu ermöglichen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt aus, dass mit der vorliegenden Stellungnahme der Forderung im A0106/07 zur Auflistung sportlicher Angebote Rechnung getragen wurde. Wenn jetzt noch weitere Initiativen gefordert werden, dann muss hierzu ein neuer Antrag im Stadtrat gestellt und in den entsprechenden Ausschüssen beraten werden. Im Weiteren legt er dar, dass das Land gebeten werden kann, seine Einflussnahme geltend zu machen verweist aber auch gleichzeitig darauf, dass weitere zusätzliche Maßnahmen finanziert werden müssen.

Hierzu informiert Herr Krüger, dass für die Sportförderung bisher 750 T€ eingesetzt worden sind und für zusätzliche Aktivitäten kein finanzieller Spielraum mehr besteht.

Stadtrat Franke, FDP-Fraktion, unterbreitet den Vorschlag, die in der Diskussion vorgebrachten Argumente im Rahmen des durchzuführenden Symposiums zu beraten.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, ist ebenfalls der Auffassung, dass die Stadt zur Problematik der Sportveranstaltungen nur unterstützend tätig sein kann und unterstreicht auch aus seiner Sicht den Vorschlag des Stadtrates Franke, FDP-Fraktion, bzgl. des durchzuführenden Symposiums. Er sieht den Antrag mit der vorliegenden Stellungnahme als erledigt an und empfiehlt, den Antrag nicht mehr abzustimmen.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, verweist darauf, dass für abschließende Behandlung des Antrages im Stadtrat eine Beschlussempfehlung erforderlich ist.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0106/07 in seiner Sitzung am 04. 10. 2007 zu beschließen.

4.1.1. Schulsportveranstaltungen
Vorlage: S0191/07

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4.2. Mitgliedschaft der Landeshauptstadt im Weißen Ring
Vorlage: A0113/07

Der Tagesordnungspunkt wird im Zusammenhang mit dem Eilantrag A0161/07 der SPD-Fraktion, beraten.

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist die Gleichstellungsbeauftragte Frau Beier anwesend.

Stadtrat Franke, FDP-Fraktion, begründet umfassend das Anliegen des interfraktionellen Antrages A0113/07.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt Bezug auf die Beschlussfassung des Stadtrates gemäß 40. Änderungsantrag zur DS0126/07 zur Auflistung der Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden mit der Zielstellung, finanzielle Einsparungen zu erreichen und legt dar, dass das Anliegen des vorliegenden Antrages A0113/07 dazu im Gegensatz steht. Er bringt seine Auffassung zum Ausdruck, dass zunächst eine Verständigung anhand der Auflistung erfolgen sollte, welche Mitgliedschaften überhaupt gewollt sind.

Stadträtin Wübbenhorst, SPD-Fraktion, führt aus, dass es nicht Zielstellung des Eilantrages sei, eine Ablehnung des Antrages A0113/07 zu erreichen. Zielstellung sei vielmehr, vor einer Beschlussfassung umfassendere Informationen zu den einzelnen Vereinen zu erhalten, insbesondere nach Maßgabe der unter Punkt 1 des Antrages aufgeführten Kriterien hinsichtlich Aussagen dazu:

- ob die Mitgliedschaften für die Stadt pflichtig oder freiwillig sind
- welchen Zweck mit dem Verein oder der Gesellschaft verfolgt wird und
- welche Bedeutung sich damit für die Stadt erschließt.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich dafür aus, die beantragte Mitgliedschaft nicht in Abhängigkeit von der vorgelegten Auflistung zu sehen und hinsichtlich der erforderlichen Beitragszahlung Überlegungen anzustellen, einen angemessenen Betrag vorzuschlagen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper hinterfragt, wie durch eine Mitgliedschaft im Verein Weißer Ring, die Unterstützung der Stadt verbessert werden kann.

Hierzu führt Stadtrat Franke, FDP-Fraktion aus, dass eine Mitgliedschaft als symbolischer Akt zu betrachten sei und als Bekenntnis der Stadt zu den Bürgern, die ehrenamtlichen Opferschutz leisten. Er bringt zum Ausdruck, dass viele Opfer nicht wissen, dass es diesen Verein gibt, bei dem sie Hilfe und Unterstützung bekommen können. Wenn die Stadt Mitglied ist, kann sie in der Öffentlichkeit entsprechende Hinweise geben.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, legt dar, nicht grundsätzlich gegen eine Beschlussfassung zum Antrag zu sein gibt jedoch die Empfehlung, eine Mitgliedschaft nicht als symbolisch zu bezeichnen. Es sollte vielmehr eine öffentliche Erklärung abgegeben werden, dass die Stadt das Anliegen und die Ziele des Vereins Weißer Ring unterstützt. Er regt an in den Fraktionen Überlegungen dahingehend anzustellen, wie die im Verein Tätigen unterstützt werden können und welche aktive Rolle die Stadt übernehmen will. Hinsichtlich des in der Stellungnahme der Verwaltung vorgeschlagenen Mitgliedsbeitrages bezeichnet er diesen als zu gering und schlägt vor, seitens des Oberbürgermeisters über einen angemessenen Beitrag zu entscheiden.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, spricht sich dafür aus, die Bevölkerung hinsichtlich der Aktivitäten zum Opferschutz und zur Opferhilfe zu sensibilisieren und verweist dabei auf die zu klärende Problematik der Absicherung von Bürgern bei einem aktiven Eingreifen. Er bezeichnet es als Vorbildwirkung für die Bürger, wenn die Stadt sich zur Arbeit des Vereins Weißer Ring bekennt.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM, schließt sich der Auffassung des Stadtrates Stern hinsichtlich eines Bekenntnisses an und legt seine Auffassung dar, dass für den Opferschutz noch zu wenig getan wird. Er regt an, konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des Opferschutzes von der Verwaltung vorschlagen zu lassen.

Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Beier macht Ausführungen zur bisherigen Zusammenarbeit mit dem Verein Weißer Ring. Sie begrüßt einen Beitritt der Stadt zum Verein und macht erläuternde Ausführungen zur Wichtigkeit der Opferberatung. Sie legt ihre Auffassung dar, dass der Verein Weißer Ring einen wichtigen Beitrag zur Information der Bürger leisten kann und spricht sich für eine Zusammenarbeit mit dem Verein aus.

Stadtrat Michael Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, hinterfragt, wie sich die Mitgliedschaft im Verein gestalten kann und unterbreitet den Vorschlag, hierzu seitens der Stadt ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist auf die Möglichkeit, dass durch den Stadtrat die Mitgliedschaft beschlossen werden kann. Insbesondere führt er aus, dass eine Unterstützung des Vereins nicht infrage gestellt wird gibt aber auch zu bedenken, dass bei der Realisierung dieser Mitgliedschaft auch andere Vereine einen entsprechenden Antrag stellen könnten. In der Stadt Magdeburg sind verschiedene Vereine auf dem Gebiet der Opferberatung und –hilfe tätig und werden auch seitens der Stadt unterstützt.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erklärt, diese Auffassung nicht mittragen zu können. Er sieht in einer Mitgliedschaft der Stadt im Verein Weißer Ring eine Unterstützung für die Bürger, die Zivilcourage zeigen, sowie das Bekenntnis, Opfern von Straftaten zu helfen.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters informiert die Gleichstellungsbeauftragte Frau Beier über die Aufgaben des Vereins Wildwasser e.V. und die Unterstützung der Stadt für diesen Verein. Insbesondere legt sie dar, dass die Stadt nicht Mitglied in diesem Verein ist.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, spricht sich dafür aus, seitens des Stadtrates die Anregung aufzugreifen, die Mitgliedschaft im Verein Weißer Ring durch Stadträtinnen und Stadträte und/oder Mitglieder der Verwaltung abzusichern.

Stadtrat Sven Meinecke, Fraktion DIE LINKE, führt kritisch aus, dass in der bisherigen Diskussion keine konkreten Vorschläge in Umsetzung des Antrages erfolgten. Er legt seine Auffassung dar, dass seitens der Antragsteller Erläuterungen gegeben werden müssten, wie eine Mitgliedschaft konkret ausgestaltet werden kann und wie eine Unterstützung des Vereins aussehen sollte.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters sprechen sich die Mitglieder des Verwaltungsausschusses gegen die im Eilantrag A0161/07 beantragte Zurückstellung des Antrages A0113/07 aus.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den interfraktionellen Antrag A0113/07 in seiner Sitzung am 08. 11. 2007 zu beschließen.

4.2.1. Mitgliedschaft der Landeshauptstadt im Weißen Ring Vorlage: S0187/07

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7. Beschlussvorlagen

7.1. Zukünftige Betreuung des Flugplatzes MD - HH- Konsolidierungsmaßnahme 114 Vorlage: DS0320/07

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Leiter Team 3 Herr Dr. Brakmann und der Leiter Team 2 Herr Klaffehn im Dezernat III teil.

Herr Dr. Brakmann macht erläuternde Ausführungen zur Drucksache.

Ergänzend verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper auf das Anliegen der vorliegenden Drucksache, Zustimmung des Stadtrates für die Aufnahme von Verhandlungen mit einem privaten Betreiber für eine zuschussfreie Betreibung des Flugplatzes zu erhalten. Wenn hierfür die Zustimmung erteilt wird, erfolgen die entsprechenden Verhandlungen für einen Pachtvertrag und das Ergebnis wird dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

In der sich anschließenden Diskussion nimmt Stadtrat Franke, FDP-Fraktion, zum Punkt 3 des Beschlussvorschlages Stellung und hinterfragt, um welche erforderlichen Personalmaßnahmen es sich hierbei handelt. Gleichfalls hinterfragt er bzgl. der in der Begründung zur Drucksache vorgeschlagenen Verschmelzung der Flughafen Gesellschaft mit der Weißen Flotte GmbH, ob hierfür auch eine andere Gesellschaft infrage kommen könnte.

In Beantwortung der Nachfragen verweist Herr Dr. Brakmann auf das Erfordernis einer Stadtratsbeschlussfassung zu evtl. Abfindungszahlungen, im Fall der Nichtübernahme des Personals durch einen privaten Betreiber, und macht erläuternde Ausführungen hinsichtlich der Sinnhaftigkeit der vorgeschlagenen Verschmelzung der Gesellschaften.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zur Drucksache und verweist in diesem Zusammenhang auf den Änderungsantrag DS0320/07/1 des Ausschusses RWB.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM, spricht sich dafür aus, auch gleichzeitig ein Nutzungskonzept zu verhandeln. Für ihn stellt es sich nicht schlüssig dar, dass mit weniger Personal die gleichen Leistungen wie bisher erbracht werden können.

Hierzu führt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper aus, dass im Pachtvertrag geregelt werden muss, welche Leistungen durch den Pächter erbracht werden sollen.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, bringt seine Erwartung zum Ausdruck, dass mit der Vorlage des Pachtvertrages auch vergleichende Angaben zu den Leistungen der FMG und Betreibergesellschaft vorgelegt werden. Wenn die vorliegende Drucksache so beschlossen wird, sieht er darin keinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, sondern nur die Übertragung des Flughafens an eine private Betreibergesellschaft, ohne Kenntnis, ob dieses Maßnahme funktionieren wird.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper legt dar, dass sich aus dieser Maßnahme für die Stadt langfristig eine Einsparung in Höhe von 550 T€ ergibt. Das Angebot zur zuschussfreien Betreibung des Flughafens durch den Betreiber wird mit entsprechenden Regelungen im Pachtvertrag verankert.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, verweist in seinen Ausführungen auf das Erfordernis, eine baldige Entscheidung zur Zukunft des Flugplatzes zu treffen. Er spricht sich dafür aus, den Zeitraum für eine Verpachtung ab 01. 01. 2008 beizubehalten und signalisiert die Zustimmung zur Drucksache.

Der Oberbürgermeister sichert Bezug nehmend auf die Nachfrage des Stadtrates Schwenke hinsichtlich der Vorlage von vergleichendem Zahlenmaterial zu, mit Vorlage des Pachtvertrages dem Stadtrat Vergleichsmöglichkeiten an die Hand zu geben.

Dem Vorschlag des Oberbürgermeisters zur Beibehaltung des Zeitraumes zur Verpachtung ab 01. 01. 2008 wird durch die Mitglieder des Verwaltungsausschusses zugestimmt und wird als Änderungsantrag DS0320/07/2 des Verwaltungsausschusses im Stadtrat am 27. 09. 2007 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, die DS0320/07 unter Beachtung des Änderungsantrages des Verwaltungsausschusses in seiner Sitzung am 27. 09. 2007 zu beschließen.

8. Anträge

- 8.1. Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem
Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen
Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007
zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0126/07/70
-

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Leiter Team 3 Herr Dr. Brakmann und der Leiter Team 2 Herr Klaffehn im Dezernat III teil.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, nimmt erläuternd zum Anliegen des Änderungsantrages Stellung. Insbesondere erläutert er am Beispiel der Aufgaben der MVGM und des SFM bei Veranstaltungen im Stadtpark seine Auffassung, dass es hierbei noch Einsparpotenzial gibt. Er verweist ergänzend auf weitere Beispiele von Doppelstrukturen z.B. beim Jugendamt/Kulturamt bzw. GWM/Dezernat III.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper legt dar, dass in den vergangenen sechs Jahren die Aufgabenstrukturen im Marketingbereich deutlich geändert wurden und verweist dabei beispielsweise auf regelmäßig stattfindende Abstimmen zwischen der Verwaltung (Dezernat III) und der GWM. Er führt aus, dass aus Sicht der Verwaltung kein Änderungsbedarf gesehen wird und legt seine Auffassung dar, dass mit der vorgelegten Stellungnahme dem Auftrag des Änderungsantrages gefolgt wurde.

Stadtrat Franke, FDP-Fraktion, kann den Ausführungen des Stadtrates Brüning teilweise folgen und signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zum vorliegenden Änderungsantrag.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat den Änderungsantrag DS0126/07/70 in seiner Sitzung am 27. 09. 2007 zu beschließen.

- 8.1.1. Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem
 Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen
 Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007
 zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
 Vorlage: S0117/07
-

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 8.2. Beitrittsverhandlungen zum Zweckverband Technologiepark
 Ostfalen
 Vorlage: A0079/07
-

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Leiter Team 3 Herr Dr. Brakmann und der Leiter Team 2 Herr Klaffehn im Dezernat III teil.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, nimmt erläuternd zum Anliegen des interfraktionellen Antrages Stellung und legt seine Auffassung dar, dass sich mit einer Mitgliedschaft der Stadt Magdeburg im Zweckverband Technologiepark Ostfalen (TPO) die Möglichkeit bietet, an den Gewerbesteuererinnahmen zu partizipieren. Dem Antrag sollte zugestimmt werden, damit zumindest entsprechende Gespräche geführt werden können.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM, unterstützt den Antrag und begründet seine Auffassung.

Stadtrat Ansorge, CDU-Fraktion, nimmt Bezug auf Seite 2 der Stellungnahme der Verwaltung und hinterfragt das Vorliegen der von der TPO angeforderten Informationen.

In Beantwortung der Anfrage informiert Herr Klaffehn, dass auf entsprechende Anfragen an die TPO sowohl Anfang Juli als auch Anfang September bisher keine Reaktionen erfolgten.

Ergänzend informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass seit Jahren von ihm persönlich hierzu Gespräche geführt wurden. Zu einem eigens erstellten Fragenkatalog hinsichtlich der Effekte einer Mitgliedschaft in der TPO liegen bis heute keine verbindlichen Antworten vor. Er signalisiert seine Bereitschaft, die Beitrittsverhandlungen wieder aufzunehmen und auch den Stadtrat hierbei mit einzubeziehen.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, spricht sich für eine Zustimmung zum Antrag aus als hilfreiche Unterstützung für den Oberbürgermeister im Zuge weiterer Verhandlungen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den interfraktionellen Antrag A0079/07 in seiner Sitzung am 04. 10. 2007 zu beschließen.

8.2.1. Beitrittsverhandlungen zum Zweckverband Technologiepark
Ostfalen
Vorlage: S0123/07

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

9. Verschiedenes

9.1. Aussichtsturm Rotehornpark

Stadtrat Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, informiert über eine Anfrage seiner Fraktion an die MVGM hinsichtlich der Übermittlung einer Übersicht über die Einnahmen- und Ausgabensituation zum Aussichtsturm Rotehornpark und dem beantwortenden Hinweis auf die offizielle Verfahrensweise für die Beantwortung einer derartigen Anfrage.

Hierzu wird vom Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper auf das geltende Gesellschaftsrecht verwiesen und darauf, dass er gegenüber Gesellschaften keine Weisungsbefugnis hat. Um eine Beantwortung zu erhalten, ist eine offizielle Beschlussfassung des Stadtrates als Weisung an den Geschäftsführer erforderlich.

Ergänzend informiert Herr Dr. Brakmann, Leiter Team 3 im Dezernat III, dass über eine Beschlussfassung des Stadtrates die Gesellschaftervertreter angewiesen werden können, den Geschäftsführer mit der Beantwortung der Anfrage zu beauftragen.

9.2. Neubau Bundesstraße B6 n

Zur Nachfrage des Stadtrates Brüning, Fraktion DIE LINKE, ob noch in diesem Jahr eine Ausstellung über Ausgrabungsergebnisse im Zuge des Neubaus der Bundesstraße B6 n vorgelegt wird, sagt der Oberbürgermeister eine entsprechende Prüfung und Information zu.

9.3. Hauptstadtvertrag

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, informiert über die Beratung der Thematik im Ausschuss KRB und die Anregung des Ausschusses zur Bildung einer Arbeitsgruppe „Hauptstadtvertrag“, in der aus jeder Fraktion, möglichst die Fraktionsvorsitzenden, mitarbeiten sollen und die durch Vertreter der Verwaltung geleitet wird. Ziel ist es, Gespräche zum Vertragsinhalt zu führen. Er bittet darum, hierüber in den Fraktionen zu informieren.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt seine Auffassung dar, dass mit der Qualifizierung des Vertrages die Ernsthaftigkeit des Vorhabens dargelegt werden soll.

Zur Problematik informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper über ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten Herrn Dr. Böhmer vor einigen Jahren und dessen Aussage, dass ein solcher Vertragsabschluss möglicherweise nicht zustande kommen wird. Er sichert aber den Fraktionen seine Unterstützung zu.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Reinhard Stern

Vors. des Stadtrates Jens Ansorge

i.V.f. SR Schindehütte

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Holger Franke

Stadtrat Sören Ulrich Herbst

i.V.f. SR Westphal

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Sven Meinecke

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Beratende Mitglieder

Stadtrat Michael Stage

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

Herr Alfred Wagner

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Alfred Westphal